



Was ist eigentlich Demokratie?

Veranstaltungsreihe der Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung, dem vhs-Landesverband Rheinland-Pfalz und dem Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in RLP

*Im „Superwahljahr“ 2021 mit fünf Landtagswahlen u.a. in Rheinland-Pfalz und der Bundestagswahl wollen die Veranstalter*innen tragende Säulen der bundesdeutschen Demokratie beleuchten, die sich in der Vergangenheit bewährt haben. Welchen Bewährungsproben sind sie angesichts aktueller gesellschaftlicher Veränderungen und Krisen unterworfen? Gilt es, an ihnen festzuhalten oder bedürfen sie der Weiterentwicklung, um ihre Tragfähigkeit zu bewahren?*

9. September 2021: Modul 1

Wahlrecht in der Einwanderungsgesellschaft - Allgemein, frei, gleich, geheim, unmittelbar ... und nicht für jeden?

Etwa 11,5 Millionen Ausländer*innen leben derzeit in der Bundesrepublik. Obwohl die übergroße Mehrheit dauerhaft in Deutschland lebt, sind sie von Wahlen auf Bundes- und auf Landesebene ausgeschlossen und haben nur EU-Bürger*innen ein Wahlrecht auf kommunaler Ebene. Wie aber steht es um die Legitimität demokratischer Entscheidungen, wenn ein großer Teil der hiervon Betroffenen kein Recht hat, aktiv und/oder passiv an Wahlen teilzunehmen? Und welche Alternativen gäbe es eigentlich zur Bindung des Wahlrechts an die Staatsangehörigkeit?

Grußwort zur Eröffnung der Reihe:

- Miguel Vicente (Integrationsbeauftragter der Landesregierung)

Hauptreferat:

- **Prof. Dr. Stephan Lessenich** Professur für Gesellschaftstheorie und Sozialforschung am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

Flankierender Gesprächspartner:

- Kemal Gülcehre (Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in RLP)

23. September 2021: Modul 2:

Chancen und Risiken plebiszitärer Elemente - Mehr (direkte) Demokratie wagen?

In der Bundesrepublik sind direktdemokratische Verfahren auf der Bundesebene nur sehr schwach ausgeprägt. Lediglich zur Ablösung des Grundgesetzes durch eine neue Verfassung und im Falle einer Neugliederung des Bundesgebietes sieht das Grundgesetz Volksabstimmungen vor. In anderen Staaten, z.B. in der Schweiz sind Volkabstimmungen als Instrument der direkten Demokratie fast alltägliche Praxis: Dort gab es allein in den Jahren 2010 bis 2020 insgesamt 84 Volksabstimmungen. Die Forderung nach der Stärkung direktdemokratischer Verfahren war lange Zeit sehr exklusiv ein „linkes“ Projekt. In den letzten Jahren und mit ihrem Erstarken haben es sich rechtspopulistische Parteien und Bewegungen zu Eigen gemacht. Fordert also immer der mehr direkte Demokratie, der sich damit Unterstützung für die eigenen Anliegen und die eigene Programmatik verspricht? Und welche Erfahrungen hat unser Nachbarland Schweiz damit gemacht, unabhängig von tagesaktuellen politischen Kräfteverhältnissen viel mehr als Deutschland auf Elemente der direkten Demokratie zu setzen?

Moderiertes Streitgespräch

- **Prof. Dr. Markus Linden (Universität Trier)**
- **Susanne Socher (Mehr Demokratie e.V.)**

7. Oktober 2021: Modul 3:

Wer kocht und wer kellert? - Das Verhältnis zwischen Regierungshandeln und parlamentarischer Kontrolle in sogenannten „Krisenzeiten“

Krisenzeiten gelten als „Stunde der Exekutive“. Seit Beginn dieses Jahrtausends scheinen sie sich nahezu ununterbrochen aneinander zu reihen. Stichworte sind der Kampf gegen den internationalen Terrorismus seit dem Jahr 2001, die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008, die Fluchtbewegungen nach Europa ab 2015 und die aktuellen Herausforderungen der Pandemie. Retardieren die Parlamente vor diesem Hintergrund immer mehr zu Dienstleistern der Exekutive, die wahlweise durch „Verordnungen“ gänzlich umgangen oder denen durch extremen Zeitdruck und kurze Fristsetzungen die Möglichkeit genommen wird, komplexe Sachverhalte zu erörtern und Regierungshandeln effektiv zu kontrollieren?

Hauptreferat

- **Prof. Dr. Ulrich Eith (Uni Freiburg)**

Flankierende Gesprächspartner*innen:

- **Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister a. D.**
- **Doris Barnett, MdB 1994 – 2021**

28. Oktober 2021: Modul 4

Institutionen in der Demokratie - Stützpfiler oder Störfaktor in der politischen Willensbildung?

Die Verachtung der Institutionen ist ein Markenkern des Nationalismus und des Rechtspopulismus in Deutschland und in vielen anderen - insbesondere osteuropäischen - Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Mit beachtlicher Resonanz diskreditieren rechtspopulistische und nationalistische Parteien und Bewegungen europaweit die öffentlich-rechtlichen Medien, die Gewerkschaften, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen als „Globalisten“ und als Establishment, das lediglich die eigenen Pfründe verteidigen will und den wahren Willen des Volkes verfälscht - als ein Sumpf, der trockengelegt werden muss. Welche Rolle spielen Institutionen in einer demokratischen Gesellschaft tatsächlich und (wie) werden Institutionen durch diese Agitation von rechts beeinträchtigt? Und: Wollen Rechtspopulisten wirklich keine Institutionen oder einfach nur solche, die sich ihnen nicht in den Weg stellen?

Einleitendes Referat:

- Prof. Dr Fabian Virchow (Hochschule Düsseldorf)

Flankierende Gesprächspartner*innen:

- Dietmar Muscheid (DGB RLP/Saar)
- Karin Dauscher (Rheinpfalz, Redaktion Mainz)

11. November 2021: Modul 5:

Menschenfeindlichkeit im Schutze der Meinungsfreiheit– Anything goes?

Demokratische Gesellschaften brauchen Diskurs, Kontroverse und (pointierte) Positionen. Wo aber verlaufen die Grenzen zwischen Meinungsfreiheit auf der einen und Hass, Hetze und Beleidigung auf der anderen Seite? Hat sich diese Grenze in den letzten Jahren verschoben? Wer ist gegebenenfalls hiervon besonders betroffen und gibt es - vor allem im digitalen Raum - die Notwendigkeit, diese Grenze verbindlicher als bisher durchzusetzen oder gar neu zu bestimmen?

Moderiertes Gespräch:

- Hasnain Kazim (freier Journalist)
- Timo Rheinfrank (Amadeo-Antonio-Stiftung)
- Giorgina Kazungu-Haß (Mdl)

Alle Module werden moderiert von Dr. Florian Pfeil (WBZ Ingelheim).